

**TOP 4: Mitantragstellung zur Entschließung des Bundesrates zur angekündigten Gigabitstrategie der Bundesregierung**  
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung -

**Beschluss:**

1. Der Ministerrat beschließt, den Antrag „Entschließung des Bundesrates zur angekündigten Gigabitstrategie der Bundesregierung“ gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein beim Bundesrat einzubringen.
2. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung erhält im Hinblick auf das weitere Bundesratsverfahren in Abstimmung mit dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau und dem Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration sowie der Staatskanzlei Redaktionsvollmacht.

**Erläuterungen:**

Auf Grundlage des am 7.12.2021 vorgestellten Koalitionsvertrages der Regierungsparteien für die 20. Legislaturperiode und des am 17.03.2022 durch das BMDV vorgestellten Eckpunktepapiers zur Gigabitstrategie des Bundes suchen Bund, TK-Branche und die Länder sowie kommunale Spitzenverbände nach Lösungen in grundsätzlichen Fragen einer zukünftigen Förderpolitik des Bundes, welche durch die Länder und durch deren Förderprogramme verstärkt werden muss. Bund und Länder wollen erfolgreich ihre Ausbauziele umsetzen und somit die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland ganzheitlich sichern.

Mittels Entschließungsantrag soll ein Beschluss des Bundesrates herbeigeführt werden. Der Antrag stellt aus Sicht des Landes Rheinland-Pfalz und weiterer Länder die grundlegenden Rahmenbedingungen und Voraussetzungen einer zukünftigen Bundesförderung und Gigabitstrategie des Bundes mit Blick auf die Thematiken Breitband- und Mobilfunkausbau dar.